

Mehr Taten und weniger Worte, das ist der Aufruf an alle, die uns hören.

Paul VI.

Der Papst, der Vatikan und die Teilkirchen

Um es gleich vorweg zu sagen, der auf diesen Seiten übliche Chronistenbeitrag war ursprünglich anders gedacht. Ende Juni waren es zehn Jahre, seitdem G. B. Montini als *Paul VI.* an der Spitze der katholischen Kirche steht. Dies allein schon wäre Grund genug, sich ausschließlich mit der Gestalt und dem Wirken dieses unter so ungewöhnlich schwierigen Umständen „regierenden“ Papstes zu befassen. Zwei Beobachtungen hatten noch zusätzlich dazu motiviert. Einmal war aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Pontifikatsbeginns ein deutlich erkennbarer Wandel in der Einschätzung seiner Bedeutung und damit auch der Gestalt Pauls VI. festzustellen. Was aus Anlaß des Papst-Gedenktages öffentlich gedacht und geschrieben wurde, erweckte zwar immer noch den Eindruck, das Schwelgen in den Erinnerungen an den charismatischen Vorgänger Johannes sei auch jetzt noch attraktiver als eine redliche und gründliche Auseinandersetzung mit dem Nachfolger. Aber das Bild des Nachfolgers hat sich erkennbar gewandelt: Man ist nun offenbar bereit, in Paul VI. nicht mehr nur den mehr oder weniger glücklosen Erbschaftsverwalter zu sehen. Man anerkennt mehr und mehr seinen Willen zur Innovation, zur steten, wenn auch gemessen an den Anforderungen einer mit sich und der Welt ringenden Kirche eher kleinförmigen Erneuerung. Zum ändern hat Paul VI. selbst den zehnten Jahrestag seines Pontifikats zum Anlaß einer prospektiven Bilanz genommen, die Konsolidierung und neuen Aufbruch zugleich fordert. Von bloßer Vergangenheitsbewältigung, von Resignation war jedenfalls in seiner großen Rede vor den Kardinälen aus Anlaß seines Namenstages (vgl. *Osservatore Romano*, 24. 6. 73) nicht viel zu spüren, und auch der überall nachweisbare Hang des Papstes zu geradezu beschwörender Selbstrechtfertigung hielt sich in Grenzen. Ein „neuer Sprung nach vorne auf der Linie des Konzils“ war das Stichwort, der Aufruf zu handeln und nicht nur zu reden gewissermaßen der Saldo der Bilanz. Aber aus der gleichen Zeit sind noch andere Vorgänge zu registrieren. Am 5. Juli stellte Erzbischof *Joseph Schröffer*, der ranghöchste deutschsprachige Kurienprälat, in Rom

die *Erklärung der Glaubenskongregation* über gegenwärtige Irrtümer in der Lehre über die Kirche vor (vgl. ds. Heft, S. 416). Schon einige Zeit vorher waren zwei weitere Dokumente bekanntgeworden: das umfangreiche 213-Paragrafen-Direktorium über die Seelsorgsaufgaben der Bischöfe, ein Kompendium päpstlicher Durchführungsbestimmungen zum Bischofsdekret des Konzils, und das erste Vorbereitungsdokument für die Ordentliche Bischofssynode 1974 über „Evangelisation heute“. Anläßlich der Ulrichsfeiern in Augsburg hielt der engste Mitarbeiter des Papstes, Substitut *Giovanni Benelli*, vor einem improvisierten europäischen Bischofssymposium eine sehr bemerkenswerte Rede über das Verhältnis von Gesamtkirche und Teilkirchen (vgl. ds. Heft, S. 383). Und wenige Tage später führte sich der zweite wichtige Mann im Vatikan, der Sekretär des Rates für öffentliche Angelegenheiten, der vatikanische „Außenminister“ *Casaroli* als Sprecher des Vatikans bei der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki ein. Von östlicher Seite zur Teilnahme als Vollmitglied ermuntert, stützte er die Argumentation der westlichen Außenminister durch seine Rede über die Menschenrechte als Faktor inner- und zwischenstaatlicher Sicherheit (vgl. den Wortlaut im *Osservatore Romano*, 7. 7. 73). War an der Rede vordergründig auch nur das Maß an Zurückhaltung bemerkenswert — seine weltlichen Kollegen sprachen über das gleiche Thema zum Ärger der Sowjets sehr viel konkreter —, so genügte schon die Tatsache, daß der Vatikan jetzt seit dem Wiener Kongreß das erstmalig an einer internationalen Konferenz als Vollmitglied teilnahm, um Aufmerksamkeit zu finden.

Alle diese „Dokumente“ haben keinen gemeinsamen Nenner. Doch bilden ihre Hauptthemen — Lehrprobleme, Strukturfragen, päpstliche Diplomatie, letztere nicht verstanden als Gesandtschaftswesen, sondern als Umgang mit den politischen Mächten in kirchlichen und weltlichen Angelegenheiten — einen ziemlich realistischen Querschnitt durch die Probleme, die in der gegenwärtigen Phase des Pontifikats die zentrale Kirchenleitung mit den Orts- und

Teilkirchen hat und diese mit ihr haben. Zu diesem „Querschnitt“ ist einiges zu sagen. Wegen eines „Längsschnitts“ durch die vergangenen Jahre des Pontifikats darf ich unsere Leser auf meine Dokumentation (Paul VI. — Papst im Widerstreit, Herder 1971) verweisen. Das Stichwort zum Querschnitt lieferte der Papst selbst, als er in seiner Sonntagsansprache vom 8. Juli Casarolis Beitrag in Helsinki und die Erklärung der Glaubenskongregation unter dem Oberbegriff „Magisterium“ in einem Atemzug nannte. Beide, so sagte der Papst, seien, wenn auch unter ganz verschiedenen Umständen, Ausdruck der Verpflichtung der Kirche, die Wahrheit zu bezeugen (vgl. *Osservatore Romano*, 8./9. 7. 73).

Lehrprobleme behindern die Verkündigung

Von den drei genannten Stichworten hat das erste durch die Erklärung der Glaubenskongregation die größte Aktualität erhalten. Ich weiß nicht, ob Lehrfragen gegenwärtig das schlechthin entscheidende Problem im Verhältnis der Lokal- und Teilkirchen zur Gesamtkirche sind; so wie sie von päpstlichen Behörden formuliert werden, gehören sie jedenfalls zu den belastendsten. Vor den Karдинаlen skizzierte der Papst die zeitgeschichtliche Problemstellung der Kirche: Die Welt ist säkularisiert, d. h., sie ist in ständiger Gefahr, sich in die eigene Selbstgenügsamkeit einzuschließen. An diese Welt, die der Papst illusionslos sieht, wendet sich die Verkündigung der Kirche. Aber, so meinte Paul VI., „wir müssen uns fragen, wie wirksam, wie eindrucklich, wie zutreffend wir dieser fast übermenschlichen Aufgabe entsprechen“. Der Papst zweifelt nicht: Auch der Mensch dieser säkularisierten Welt hat einen unausrottbaren Hunger nach Gott. Der Papst fragt: Möglicherweise sind unsere Seelsorgsmethoden zu unangepaßt. Systeme von einst, die in einem ganz anderen gesellschaftlichen Kontext wirksam waren, greifen bei der heutigen Mentalität nicht mehr. Diese Tatsache verpflichte uns alle, die Methoden zu revidieren und jedes Mittel zu studieren, um die christliche Botschaft dem modernen Menschen nahezubringen. Der Papst sagt auch, wie dies zeit- und geschichtsgerecht am besten zu erreichen ist: durch eine Synthese von Tradition und Reform. Er nennt auch die *Voraussetzungen*: keine Verfälschung des Glaubensgutes, kritischer Sinn in theologischer Forschung und Seelsorge, Solidität in der wissenschaftlichen Argumentation. Das *Ziel* ist „die Konsolidierung der Integrität der ganzen Lehre“ im veränderten Kontext wissenschaftlichen Denkens und im ständigen Gespräch mit allen Menschen. Gefordert ist die Beachtung der „überzeitlichen“ Gültigkeit der „unveränderlichen“ Lehre bzw. Botschaft. Die „Anpassung“ soll geschehen durch die Unterscheidung von Sprache und Inhalt, von „unwandelbarer Lehre“ und „verändertem Ausdruck“. Es ist das immer wiederkehrende Kernproblem von Glaube und Verkün-

digung im geschichtlichen Wandel des Denkens und der Lebensformen. Dieses Problem hat aber zweifellos mehrere Stufen und verträgt deswegen keine *einschichtigen* Lösungen. Das Sprachproblem ist die vordergründigste Schicht. Durch den geschichtlichen Fortgang von Denken und Erfahrung gibt es nicht nur ein Gefälle zwischen sprachlichem Ausdruck und Sinngehalt, es gibt auch eine strukturelle Verwandlung der Sinngehalte, auch in ihrem Verhältnis zueinander. Gleichzeitig verbirgt sich hinter dem Sprachproblem ein Wandel der Wirklichkeitserfahrung. Der Mensch, für den die Welt *zunächst* nichts anderes ist als Empirie, muß erst durch diese Schichten hindurch sich transzendente Sinngehalte als Zugang zum Verständnis von Offenbarungswahrheit erschließen. Einmal mögen Sozialformen und Naturerfahrung die „natürliche“ *Hinweisstruktur* für religiöse Erfahrung gewesen sein. Sie sind es heute nicht mehr. Der Glaube muß erst wieder durch sie hindurch — nicht über sie hinweg — transparent gemacht werden. Die katholische Lehre und Praxis tradiert in ihrem verzweigten Dogmensystem und in ihren vielfältigen kultischen Vollzügen (Sakramente und Sakramentalien) diese Hinweisstruktur, die im heutigen Naturverständnis und in der Alltagserfahrung keine oder nur geringe Entsprechung findet. Damit öffnet sich nicht nur eine Kluft zwischen „religiöser“ und „profaner“ Sprache, sondern eine noch tiefere Kluft zwischen Glaube und Erfahrung. Diese Kluft läßt sich aber mit einer staatlichen Geschichts- und Wirklichkeitsauffassung (Anpassung der unveränderlichen Lehre an die Sprache und Sozialverhältnisse der Zeit) nicht schließen, sondern nur durch eine Neuaussage des ganzen Glaubens von den zentralen Offenbarungstatsachen her. Die „Entgötterung“ der Welt und der Sozialformen zwingt zu dieser Konzentration. In diesem Zwang steckt zugleich die — freilich nicht selbstverständliche und risikofreie — Chance, den Glauben wieder ganz ursprünglich zu entdecken.

Drohende Fehleinschätzungen

In dieser Situation müßte demnach wohl zweierlei selbstverständlich sein. *Erstens* ist eine gründliche Auseinandersetzung mit dem anthropologischen Material notwendig, das uns heute die verschiedenen empirischen Wissenschaften eröffnen. Insofern ist der These Pfürtners (vgl. ds. Heft, S. 393) auch im Blick auf den Moralbereich zuzustimmen. Liest man aber im Blick darauf den Katalog von Fragen und Anregungen zur Situation der Verkündigung in dem *Vorbereitungspapier für die Bischofssynode* durch, so ist man einigermaßen erstaunt. Unter den Faktoren, die die Evangelisation heute erleichtern, finden sich, mit positivem Werturteil versehen, Feststellungen wie diese: Die neuen Gemeinschaftsformen (welche?) zeigen die Tendenz zu verstärkter Solidarität; der Sinn für persönliche Verantwortung ist im Steigen; die diversen Religionen und

Ideologien „konvergieren“ in der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit. Unter den hinderlichen Elementen rangiert indessen an erster Stelle die generelle Behauptung, die von den anthropologischen Wissenschaften geprägte zeitgenössische Kultur liefere eine gott-lose Konzeption des Menschen, und die Bischöfe werden eigens aufgefordert, solchen Strömungen in ihren Kirchen auf den Grund zu gehen. In Wirklichkeit wäre es ebenso vermessen zu behaupten, in unserer Gesellschaft wachse die Solidarität und festige sich die persönliche Verantwortung — verändert haben sich zunächst die Sozialformen, nicht die Qualität der ethischen Haltungen —, wie pauschal zu behaupten, die anthropologischen Wissenschaften seien, auch in ihren seriösesten Vertretern, generell antireligiös orientiert. Das *Denkklima* in diesen Wissenschaften war noch um die Jahrhundertwende religiösen Fragen gegenüber viel verschlossener als heute. Wo sich Theologie und Kirche um ein echtes Gespräch bemühen, gibt es dort sogar die fruchtbarsten Ansätze. Leider wird hier das Gespräch auch von theologisch-kirchlicher Seite oft nur vordergründig geführt, und sieht man auf die römische Lehrpraxis, so fehlt es gerade an einer angemessenen anthropologischen Fundierung in den theologisch-ethischen Sachfragen vom Dogmenverständnis bis hin zur Zölibatsfrage. Auch *organisatorisch* fehlt es an Zusammenarbeit. Es gibt eine Päpstliche Akademie der Wissenschaften und eine Internationale Theologenkommission. Von einer Zusammenarbeit in anthropologischen Grundfragen im Dienste der Verkündigung ist nichts bekannt.

Zweitens: Das Ökumenismusdekret (Nr. 11) spricht von der *Hierarchie der Wahrheiten* „je nach der verschiedenen Art ihres Zusammenhangs mit dem Fundament des christlichen Glaubens“. Ihre Initiatoren verstanden den Sinn dieser Formel so, daß im ökumenischen Gespräch die Wahrheiten nicht quantitativ aufzuzählen, sondern je nach ihrem Zusammenhang mit der Heilsgeschichte nach Bedeutung und Gewicht zu „wägen“ seien (vgl. LThK, Das Zweite Vatikanische Konzil II, 89). Die jüngste Erklärung der Glaubenskongregation (vgl. ds. Heft, S. 417 und S. 424) spricht nur noch von einer Hierarchie der Dogmen (da ihre Verbindung mit dem Fundament des Glaubens unterschiedlich ist). Es kann aber wohl nicht nur einen Rangunterschied nach der Ableitung vom Fundament, sondern auch einen Unterschied im Bezug auf Heilsverständnis als Ganzes geben.

Sieht man das Dogma von der Unfehlbarkeit der Kirche und des Papstes in dieser Perspektive, dann ist zwar nicht zu leugnen, daß diese gleich wahr ist (in ihrem Kern, nicht in ihren geschichtlichen Beimischungen) wie etwa die Gottessohnschaft Jesu. Wenn es aber gegenwärtig vor allem im ökumenischen Dialog wie im kirchlichen Glaubensgespräch insgesamt um die *Erhellung der zentralen Wahrheiten* geht, dann kann man sich durchaus fragen,

of die zentrale römische Glaubensbehörde gut beraten ist, wenn sie sich in der öffentlichen Auseinandersetzung gleichsam auf Nebenschauplätze lenken läßt, wenn Theologen, die etwa in der Theologie und in der Christologie im besten Sinne „orthodox“ sind, auch wenn sie, selbst auf Nebenschauplätze fixiert, hier übers Ziel schießen. Es wäre sowohl für die kirchliche Pastoral wie für das ökumenische Gespräch sinnvoll, im Augenblick die Primats- und Unfehlbarkeitsfrage etwas aus dem Zentrum zu rücken. Es gibt offenbar immer wieder „Mutige“ auf beiden Seiten, die meinen, sie müßten den Stier bei den Hörnern fassen, und mit der Klärung des Petrusamtes das Haupthindernis im ökumenischen Gespräch ausräumen oder den anderen Konfessionen hier und jetzt ohne genügende Vorklärungen im Glaubens- und Kirchenverständnis die Definition des I. Vatikanums, so wie sie steht und ohne Nuancierung, zumuten. Sie kommen mir auf beiden Seiten vor wie ein Pfarrer, der ein nur zivilgetrautes Gemeindemitglied besucht, das schon vierzig Jahre keinen Kontakt mehr mit der Kirche hatte, und ihm bereits an der Haustür eröffnet, er müsse seine Ehe in Ordnung bringen, in der Meinung, dann komme auch alles andere in Ordnung...

Verzahnung von Lehr- und Strukturfragen

Damit bewegen wir uns bereits im Schnittpunkt zwischen Lehrproblemen und Strukturfragen. Der Primat und die päpstliche Unfehlbarkeit stünde vermutlich nicht immer so sehr im Zentrum der Auseinandersetzung, wenn er nicht mit dem Streit um *Zentralismus—Dezentralisierung*, zentralkirchliche Weisung — örtliche und regionale Bedürfnisse untrennbar verklammert wäre. Gerade unter diesem Gesichtspunkt liest man das Bischofsdirektorium und die große Rede von Benelli mit Interesse und ist am Ende doch enttäuscht. Vom Direktorium, weil es den Bischof fast nur im Umkreis seiner Diözese und seinem direkten Verhältnis zum Papst bzw. zu den zentralkirchlichen Behörden sieht. Den Bischofskonferenzen sind von 223 ganze drei Seiten gewidmet, und diese gelten noch fast ausschließlich der Stellung des Einzelbischofs in der Konferenz. Auch fehlt nicht die Bemerkung, der Einzelbischof möge „libero et humili corde“ dafür sorgen, daß die Arbeiten der Bischofskonferenz „nach der Norm des Rechts und den Weisungen des Apostolischen Stuhles abgewickelt werden“. Nach einem Konzept „kollegialen“ Zusammenwirkens zwischen Einzelbischofen und Bischofskonferenzen und zwischen diesen und dem Apostolischen Stuhl sucht man in dem Direktorium vergeblich. Und die auf den ersten Blick so erstaunlich offenerzige Rede von Erzbischof Benelli über die Reformbedürftigkeit der Beziehungen zwischen den Ortskirchen und Rom (mehr Eigengewicht der Ortskirchen, bessere gegenseitige Information, Fortschreibung der Kurienreform) war trotz der sympathisch offenen Sprache allgemein genug gehal-

ten, um auch so noch jeden Modus des Eingreifens rechtfertigen zu können. Man gewann den Eindruck, die Frage der Beziehungen zwischen Rom und den Orts- bzw. Teilkirchen sei im Zeitalter der totalen Kommunikation in erster Linie nur eine Frage der Organisation und Verwaltung. Die Frage, wie die Zuständigkeiten der Kurie zu begrenzen sind, damit die Teilkirchen genügend Raum für eine ortsgerechte pastorale Praxis behalten (Beispiel: die Rolle der Laien in der Verkündigung auf der letzten Sitzung der Gemeinsamen Synode) — eine eminent pastorale und ekklesiologische Frage, die der Papst selbst vor einem Jahr andeutete, wurde von Erzbischof Benelli nicht erörtert.

Benelli nannte als neue Formen eines sachgerechten Zusammenwirkens zwischen Rom und den Teilkirchen die Beschränkung der päpstlichen Behörden auf Rahmenrichtlinien bei gesamtkirchlichen Gesetzen und die in letzter Zeit praktizierte Vorausinformation und -konsultation der Bischöfe. Die Praxis von Rahmenrichtlinien-erlassen hat sich bereits als fruchtbar erwiesen, das Mischehenproblem konnte dadurch hierzulande juristisch praktisch gelöst werden. Mit der *Vorauskonsultation* scheint es aber noch zu hapern. Wie wäre es sonst möglich, daß die Deutsche Bischofskonferenz von der Erklärung der Glaubenskongregation erst wenige Tage vor ihrer Veröffentlichung erfahren hat? Den römischen Behörden kann aber nicht daran gelegen sein, durch solche Überraschungen, die zu Recht oder zu Unrecht immer im Geruch von Freiheitsbeschränkungen stehen, die sich bereits beruhigende innerkirchliche Auseinandersetzung in einer Teilkirche — in diesem Fall in der Bundesrepublik — neu anzufachen. Noch weniger kann ihnen an der Förderung eines neuen Kulturkampfklimas liegen. Oder weiß man in Rom nicht, daß in der Bundesrepublik allen jenen Kräften, die für eine radikalere Trennung von Kirche und Staat plädieren — von den Jungdemokraten bis zu Altsozialisten —, jeder Eingriff Roms willkommen ist, um zu demonstrieren, wie wenig „wissenschaftliche“ Freiheit die Kirche an den theologischen Fakultäten zuläßt und wie abschaffungswürdig diese sind? Und weiß man in Rom nichts von den psychologischen Wirkungen auf den protestantischen Gesprächspartner, wenn im kommentierenden Begleitresumee zur Erklärung der Glaubenskongregation ekklesiologisch das Verhältnis zu den anderen Kirchen mit dem vergrößernden Satz umschrieben ist, auf Grund der „Fülle“, die der katholischen Kirche innewohnt, sei sie den anderen „Denominationen“ gegenüber „autonom“. Es fehlt gewiß nicht an gutem Willen, wohl aber an der notwendigen Sensibilität für das ökumenische und theologische wie für das politische Klima im Lande.

Die Friedens- und Ostpolitik

Das Stichwort Helsinki wird hier nochmals aufgegriffen, weil es in enger Beziehung steht zur Friedens- und Ost-

politik des Vatikans, die ihrerseits Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Teil- und Gesamtkirche hat. Die *Verstärkung diplomatischer Aktivität* im Dienste der Bemühungen um den lokalen und internationalen Frieden gehört zu den herausragenden Kennzeichen des gegenwärtigen Pontifikats. Der Papst unterstrich vor den Kardinälen die Tatsache, daß die Zahl diplomatischer Beziehungen zu Staaten sich während seiner Amtszeit fast verdoppelt hat. Für den Vatikan ist es wichtig — auch darauf wies der Papst hin —, friedenspolitisch nicht nur Initiativen anderer zu unterstützen, sondern eigene Initiativen zu entwickeln. Dies war nach des Papstes eigenen Worten auch der Grund, in Helsinki als Vollmitglied teilzunehmen.

Damit dürfte aber zugleich ein neues Problem bzw. eine Grenze kirchlicher diplomatischer Aktivität sichtbar werden. Es stellt sich die Frage, ob das Papsttum mit den weltlichen Mächten, wenn es sich auf die gleiche politische Ebene begibt, an Unabhängigkeit als moralische Kraft verliert, was es politisch an direktem Einfluß gewinnt. Dies scheint besonders für die Ost-West-Auseinandersetzung zu gelten. Der Vatikan wird schon der Präsenz der Kirche in kommunistischen Ländern wegen in politisch exponierter Lage vernehmbarer auf dem Instrument der Ost-West-Konvergenz spielen müssen, als es die Materien, die die Kirche hauptsächlich zu vertreten hat (Religionsfreiheit, Grundrechte) erlauben. Diese selbstgewählte exponierte Lage kann weiter dazu führen, daß aus politischen Gründen in Verhandlungen mit kommunistischen Ländern über die dortigen Lebensbedingungen der Kirche mehr Rücksicht genommen werden muß, als diese, kirchlich gesehen, gestatten. Aus osteuropäischen Ländern kommen immer wieder Hinweise, der Vatikan sei kirchenpolitisch zu einseitig um die Sicherung der hierarchischen Führung bemüht und nehme dabei in Kauf, daß Regierungen sich indirekt der ihnen gegenüber wehrlosen Hierarchie bedienen, um das kirchliche Leben in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn in letzter Zeit in der Bundesrepublik, aber auch anderswo, energisch Front gemacht wurde gegen vatikanische Absichten, etwa auch mit der DDR oder mit Polen diplomatische Beziehungen aufzunehmen, so spielen dabei gewiß auch „nationale“ Gesichtspunkte eine Rolle, aber das seriöseste Argument ist die Sorge, die kommunistischen Regierungen könnten, wenn einmal engere politische Verbindungen geknüpft sind, den Vatikan gegen die Lebensinteressen der Kirche im eigenen Lande ausspielen. Auch in bezug auf die kommunistischen Länder müßte also die Frage der Beziehungen zwischen Gesamt- und Teilkirche gründlich geprüft werden. Wo weniger direkte Präsenz des Vatikans die Lebenschancen der Kirche am Ort besser sichert, dürfte wohl klar sein, daß diese Vorrang haben. Wenn und wie dies zutrifft, ist sowohl pastoral wie politisch schwer zu entscheiden. Aber die Frage bedarf weiter der Diskussion, auch außerhalb des Vatikans.

D. A. Seeber